

Die Klassendiktatur der Monopolbourgeoisie

Gefahr für bürgerliche Demokratie in der BRD

Die bedrohliche Zunahme reaktionärer Tendenzen in der kapitalistischen BRD beunruhigt in der jüngsten Zeit die Weltöffentlichkeit. Es kann nach den historischen Erfahrungen unseres Jahrhunderts mit zwei Weltkriegen und faschistischen Diktaturen niemandem gleichgültig sein, wohin die Reise in einem* so bedeutenden kapitalistischen Lande wie der BRD gehen soll.

Die 7. Tagung des Zentralkomitees, wies mit allem Ernst darauf hin, daß die Aktivierung reaktionärer Kräfte und Tendenzen, daß die drastischen Einschränkungen bürgerlich-demokratischer Rechte für die Bevölkerung der BRD keineswegs lediglich anachronistische Rückfälle in eine längst überwundene Vergangenheit sind.¹

Staatlicher Druck und ideologische Erpressung

Die Symptome der gefährlichen Entwicklung in der BRD sind offensichtlich. Mit dem demagogischen Hinweis auf die jüngsten terroristischen Gewaltakte in der BRD wird versucht, den weiteren Ausbau des staatlichen Macht- und Unterdrückungsapparates zu rechtfertigen. Dieser bereits seit Ende der 60er Jahre langfristig zu verzeichnende Prozeß wird jetzt von allen im Bundestag vertretenen Parteien forciert, und zwar unter der

Es handelt sich nicht um Einzeltätigkeiten einiger weniger „Unbelehrbarer“ oder nicht ernst zu nehmender Außenseiter. Es sind vielmehr maßgebliche imperialistische Kreise, die diesen gefährlichen Kurs schüren. Das Großkapital ist bemüht, einen reaktionären Ausweg aus der krisenhaften Entwicklung seines Gesellschaftssystems zu finden. Die Geschichte kennt viele derartige Versuche.

Selbst bürgerliche Zeitungen des westlichen Auslandes sehen sich veranlaßt zu fragen: „Gleitet Westdeutschland in eine neue Diktatur ab — im Kern ebenso menschenfeindlich wie der Nazismus?“ (Expressen/Stockholm) oder „... in Westdeutschland von 1977 — alles kann dort wieder von vorne beginnen?“ („Quotidien de Paris“)-

Losung der „Gemeinsamkeit der Demokratie“.

So sagte denn auch der jüngste Parteitag der CSU der Regierung jede Hilfe zu, die sie brauche, „um dem Rechtsstaat scharfe Zähne, bessere Abwehrmöglichkeiten und ein härteres Zugreifen“ zu ermöglichen. Wie sehr dabei die faschistische Fratze der eigenen Vergangenheit und die der Pinochet-Junta Pate stand, bekundete Franz-Josef Strauß spätestens bei seinem skan-

dalösen Besuch in Chile, als er die tausendfachen Mörder, die blutigen Folterknechte der faschistischen Militärclique ob ihrer „Bemühungen“ lobte, Chile zu einer dauerhaften und soliden Demokratie zu führen.

Die Liebeserklärung dieses führenden CSU-Politikers der BRD an ein KZ-Regime wirft Schlaglichter auf die in erster Lesung im Bundestag behandelten Gesetze. Sie verlangen die Einschränkung der Bürgerrechte im Strafverfahren, hinsichtlich ihres Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses sowie wesentlich weitergehende Befugnisse für die Polizei. Die Beschneidung des Demonstrations- und Versammlungsrechtes ist gleichfalls vorgesehen. Das ist eine weitere Ausdehnung und Anwendung der berüchtigten Notstands gesetzgebung von Mitte der 60er Jahre. Sie wurde übrigens — unter Ausschluß des Parlamentes und der Öffentlichkeit — bereits vielfach durch Krisenstättg, bei der „Befriedung“ ganzer Stadtviertel und anderer „bundesweiter“ Polizeiaktionen getestet und erprobt.

Ein weiteres Merkmal der Rechtentwicklung in der BRD ist die massive Diffamierung aller dem gegenwärtigen politischen Herrschaftssystem abgeneigten oder gar kritisch gegenüberstehenden Menschen. Die französische großbürgerliche Zeitung „Le Monde“ erklärt, daß „das Wort ‚links‘ heutzutage jenseits des Rheins quasi ein Schimpfwort geworden“ sei, daß „man alles tue, um die gesamte Linke in Mißkredit“ zu bringen. Intellektuelle und Studenten, Humanisten und Demokraten werden